

Stuttgart, 10.10.2007

Zwischenbericht zum Projekt eProcurement

Beschlussvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Reform- und Strukturausschuss Ausschuss für Umwelt und Technik Verwaltungsausschuss	Beratung	nicht öffentlich	24.10.2007
	Beratung	nicht öffentlich	06.11.2007
	Beschlussfassung	öffentlich	07.11.2007

Dieser Beschluss wird nicht in das Gemeinderatsauftragssystem aufgenommen.

Beschlussantrag

1. Vom Zwischenbericht zum Projekt eProcurement wird Kenntnis genommen.
2. Vom Wechsel der eVergabe-Plattform der Fa. Ventasoft vom Testbetrieb in den Regelbetrieb ab 01.01.2008 wird Kenntnis genommen. Es entstehen dadurch Kosten
 - einmalig 205.244 EUR für Investitionen (Fipos 2.0620.9358.000/0999)
 - ab 2008 jährlich 26.299 EUR für Wartung (Fipos 1.0610.5251.000 Betriebskosten) durch die Fa. Ventasoft.Die benötigten Mittel werden im Rahmen des IuK-Maßnahmenplans (IMP) bzw. des vorhandenen IuK-Budgets anteilig über die jeweiligen Mandanten finanziert. Die jährlichen Betriebskosten (Wartung und Rechnerbetrieb bei der Abt. IuK) werden über die interne Leistungsverrechnung anteilig auf die Mandanten verteilt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das eVergabe-Verfahren bei allen Ämtern und Eigenbetrieben einzuführen und mögliche Einsparungen auf der Grundlage detaillierter Analysen und Organisationsvorschlägen zu verifizieren. Für den VOL-Bereich wird von der Erschließung eines Einsparpotenzials von durchschnittlich 10% bei den Personalausgaben und durchschnittlich 3% beim vergabefähigen Beschaffungsvolumen ausgegangen, bezogen auf den Gesamtdurchschnitt der Beschaffungsbereiche (eVergabe und eBeschaffung). Die Verwaltung erstattet hierzu Mitte 2008 einen Zwischenbericht.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung eines Systems für den Bereich eBeschaffung vorzubereiten. Die Verwaltung bringt hierzu Mitte 2008 eine Beschlussvorlage ein.

Kurzfassung der Begründung

Ausführliche Begründung siehe Anlage 1.

Finanzielle Auswirkungen

Ausgaben für den Regelbetrieb der eVergabe-Plattform der Fa. Ventasoft ab 01.01.2008:

- einmalig 205.244 EUR für Investitionen (Fipos 2.0620.9358.000/0999)
- ab 2008 jährlich 26.299 EUR für Wartung (Fipos 1.0610.5251.000 Betriebskosten) durch die Fa. Ventasoft.

Die benötigten Mittel werden im Rahmen des IuK-Maßnahmenplans (IMP) bzw. des vorhandenen IuK-Budgets anteilig über die jeweiligen Mandanten finanziert. Die jährlichen Betriebskosten (Wartung und Rechnerbetrieb bei der Abt. IuK) werden über die interne Leistungsverrechnung anteilig auf die Mandanten verteilt.

Schulungen erfolgen durch städtische Multiplikatoren bzw. Powerusern. Es werden deshalb keine externen Mittel benötigt

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

Referat WFB
Referat T

Vorliegende Anfragen/Anträge:

keine

Erledigte Anfragen/Anträge:

keine

Klaus-Peter Murawski
Bürgermeister

Anlagen

- 1 Zwischenbericht zum Projekt eProcurement
- 2.1 Auswertung Pilot eVergabe: Kriterienkatalog eVergabe
- 2.2 Auswertung Pilot eVergabe: Statistische Daten
- 3 Hochrechnung Fraunhofer IAO/IAT
- 4 Organisationskonzept eVergabe

Zwischenbericht zum Projekt eProcurement

1. Ausgangslage

In einer vom Fraunhofer IAO / Universität Stuttgart IAT durchgeführten Untersuchung (GRDRs 636/2003) wurde das städtische Beschaffungswesen des VOL-Bereichs (Verdingungsordnung für Lieferungen und Leistungen) – ohne Eigenbetriebe, ausgenommen AWS – analysiert und ein Konzept für die zukünftige Beschaffung der Stadt entwickelt. Auf Basis einer pauschalen Hochrechnung (getroffene Abschätzungen und Annahmen sowie Erfahrungswerte von Fraunhofer IAO/IAT) wurden Einsparpotenziale in Höhe von 47 Stellen prognostiziert (s. Anlage 3).

Mit GRDRs 398/2004 wurden in der Verwaltungsausschuss-Sitzung am 19.01.2006 die Ergebnisse präsentiert. In diesem Zuge wurde die Verwaltung beauftragt, das städtische Beschaffungswesen insbesondere durch die Einführung von eVergabe und eBeschaffung unter Anbindung an das Rechnungswesen und die jeweils damit verbundenen organisatorischen Änderungen zu optimieren.

Dies sollte innerhalb von Pilotbetrieben technisch und organisatorisch getestet und evaluiert werden. Auf dieser Basis sollte dann über die weiteren Schritte auch in Bezug auf den weiteren Einsatz von möglicher Software entschieden werden.

2. Projektstand

Vom Projektstart Mitte 2003 bis Mitte 2005 gab es aufgrund von Arbeitsplatzwechseln zwei Mal eine Veränderung in der Projektleitung. Zusätzlich kam es im Jahr 2006 im Bereich des Zentralen Einkaufs zu mehreren Krankheitsfällen. Dies alles führte zu einem aktuellen Zeitverzug im Projektverlauf von rund 12 Monaten.

2.1 Sachstand eVergabe

Das Projekt eProcurement wurde als gesamtstädtische Untersuchung mit dem Schwerpunkt im VOL-Bereich (Verdingungsordnung für Lieferungen und Leistungen) begonnen. Im Bericht des Fraunhofer Instituts 2004 werden deshalb nur Aussagen zum Bereich der VOL-Vergaben gemacht. Der Bereich der VOB-Vergaben (Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen) war bereits zum damaligen Zeitpunkt im Rahmen der Organisationsuntersuchung Bauverwaltung abzuhandeln (aktueller Stand zu diesem Projekt s. GRDRs 533/2007, die zeitgleich in die gemeinderätlichen Gremien eingebracht wird).

Da das Ziel der technischen Ämter (Hochbauamt, Tiefbauamt mit SES und Garten-, Friedhofs- und Forstamt) jedoch eine gemeinsame Plattform für die Bereiche VOB und VOL war, wurde im September 2005 die Pilotierung und Einführung einer stadtweiten eVergabelösung ausgeschrieben, die beide Bereiche umfasst. Die Fa. Ventasoft erhielt den Zuschlag.

Seit Frühjahr 2006 läuft ein Pilot im VOB-Bereich beim Hochbauamt, Tiefbauamt mit SES und Garten-, Friedhofs- und Forstamt. Da der VOB-Bereich nicht Bestandteil des Projekts eProcurement sondern Teil der oben erwähnten Organisationsuntersuchung Bauverwaltung ist, wurde die Testphase des eVergabesystems im VOB-Bereich als weitestgehend

abgegrenztes, selbständiges Teilprojekt im Bereich des Technischen Referats durchgeführt.

Im VOL-Bereich wurde ein Pilot beim Zentralen Einkauf im Haupt- und Personalamt aufgesetzt.

Im August 2007 wurde auf Basis des ursprünglichen Anforderungskatalogs der Testbetrieb ausgewertet. Ergebnis ist, dass alle ko-Kriterien (Anlage 2.1) erfüllt werden, die eVergabe-Plattform erfolgreich im Einsatz war und die Software auch künftig zum Einsatz kommen kann. Eine Überführung der eVergabe-Plattform zum 01.01.2008 in den Regelbetrieb kann erfolgen. Detaillierte Ausführungen zu den Bereichen VOB und VOL enthalten nachfolgende Kapitel.

Da die Fa. Ventasoft Netzwerkpartner des DVBN (Deutsches Vergabe- und Beschaffungsnetz) ist, kann künftig diese Plattform zusätzlich als Veröffentlichungsmedium bundesweit genutzt werden. Für die Stadtverwaltung entstehen dadurch weder Aufwand noch Kosten.

2.1.1 eVergabe VOB-Bereich

Die Pilotphase im VOB-Bereich beim Hochbauamt, Tiefbauamt mit SES und Garten-, Friedhofs- und Forstamt hat gezeigt, dass das Produkt in diesem Bereich erfolgreich eingesetzt werden kann. Als erste Auswirkung konnte festgestellt werden, dass durch die elektronische Ausschreibung ein größerer Bieterkreis erreicht wird und dementsprechend mit 20 bis 30% mehr Angebotsabgaben gerechnet werden kann. Dadurch entsteht aller Voraussicht nach auf Dauer mehr Wettbewerb, der letztendlich zu günstigeren Angeboten führen und somit im Baubereich zu einer Kostenersparnis für die Landeshauptstadt Stuttgart beitragen kann. Auch mögliche Preisabsprachen dürften in Zukunft erschwert werden.

Die im Bereich der technischen Ämter im eVergabe-System registrierten Baufirmen haben am Verfahren aktiv teilgenommen und sind mit dem System nach eigenen Aussagen sehr zufrieden. Dies spiegelte auch die Informationsveranstaltung des Technischen Referats für das Baugewerbe im Februar 2007 wieder, in der das System vorgestellt und Vorteile der elektronischen Vergabe und deren Einsatzmöglichkeiten bei der Landeshauptstadt Stuttgart erläutert wurden. Über 100 Vertreter/-innen von Firmen und Interessensverbänden (IHK, Innungen, etc.) nahmen an der Veranstaltung teil und zeigten großes Interesse, die Möglichkeiten der elektronischen Vergabe zukünftig zu nutzen. Auffallend ist, dass der Anteil der elektronisch abgerufenen Ausschreibungen unter den Hochbau-Gewerken stark differiert. Während z. B. bei den haustechnischen Gewerken ca. 75% aller Bewerber die Unterlagen elektronisch abrufen, liegt dieser Anteil bei verschiedenen anderen Gewerken unter 20%. Sobald die Entscheidung über den Regelbetrieb des eVergabe-Systems getroffen wurde, sollen deshalb wegen der bereits bestehenden Nachfrage weitere Informationsveranstaltungen stattfinden.

Insgesamt wurden bis August 2007 ca. 500 elektronische Ausschreibungen durchgeführt, wobei seit April 2007 der Prozentsatz der elektronischen Ausschreibungen kontinuierlich gesteigert werden konnte, mit dem Ziel, in den technischen Ämtern baldmöglichst zu 100% elektronisch auszuschreiben. Weitere statistische Daten können der Anlage 2.2 entnommen werden.

2.1.2 eVergabe VOL-Bereich

Da die Software der Fa. Ventasoft den Schwerpunkt auf dem VOB-Bereich hatte, waren im VOL-Bereich Anpassungsarbeiten notwendig, die bis Ende 2006 mit Einführung des LV-Tools zur Erstellung von Leistungsverzeichnissen abgeschlossen wurden. In diesem Zuge wurden vom Zentralen Einkauf Ausschreibungen elektronisch über die Plattform durchgeführt.

Weiter wurde im Rahmen des VOB-Piloten auch im Tiefbauamt mit SES und im Garten, Friedhofs- und Forstamt der VOL-Bereich getestet. Aufgrund der eingangs genannten Kapazitätsengpässe beim Zentralen Einkauf war die Ausweitung des Piloten auf weitere Ämter bisher nicht möglich.

Insgesamt kann jedoch auch in diesem Bereich – wenn auch nur in geringerem Maße als im VOB-Bereich – von einem erfolgreichen Einsatz ausgegangen werden. Statistische Daten hierzu können der Anlage 2.2 entnommen werden.

2.1.3 Einsparpotenziale

Die von Fraunhofer IAO/IAT ermittelten und in GRDRs 398/2004 genannten möglichen Einsparpotenziale haben sich durch eine pauschale Hochrechnung ergeben (s. Anlage 3). Hierbei handelt es sich um eine theoretische Ermittlung, basierend auf allgemeinen Erfahrungswerten aus Wirtschaft und Verwaltung, die im Rahmen der Voruntersuchung nicht mit den vorliegenden tatsächlichen Gegebenheiten im Detail abgeglichen werden konnte:

- Die Beschaffungsprozesse wurden in 5 Prozesstypen mit insgesamt 18 Prozessen unterteilt.
- Jeder Prozess wurde in Prozessschritte aufgeteilt, denen Prozessaufwendungen zugeordnet wurden. Die Prozessaufwendungen wurden durch Fraunhofer IAO/IAT bei den Bedarfsträgern, Einkäufern, etc. erhoben und teils qualifiziert abgeschätzt bzw. eingegrenzt.
- Den Prozessen wurden wiederum Warengruppen zugeordnet, deren Häufigkeiten aus Mengengerüsten (Anzahl Bestellungen, Anzahl Rechnungen) abgeleitet wurden.
- Anhand der Beschaffungshäufigkeiten der Warengruppen sowie den Aufwendungen der Prozessschritte wurde der Gesamtaufwand je Prozess hochgerechnet.
- Zur Berechnung der Prozesspotenziale wurden von Fraunhofer für die neuen, IT-gestützten Prozesse die neuen Prozessaufwendungen ermittelt. Diese stützen sich auf getroffene Abschätzungen und Annahmen sowie Erfahrungswerte von Fraunhofer IAO/IAT.
- Neben den möglichen Einsparpotenzialen ergab diese Hochrechnung eine vorhandene Personalkapazität im Beschaffungswesen von rund 340 Vollzeitkräften.
- In die Betrachtung einbezogen waren Beschaffungsprozesse vom Aufkommen eines Bedarfs (Erstellung eines Leistungsverzeichnisses durch den Bedarfsträger) über die Genehmigung (Vorgesetzte), den Vergabeprozess (Zentrale Beschaffungsstelle) inkl. erneuter Genehmigung (zum Teil bis zum VA), die Bestellung (bspw. Zentrale Beschaffungsstelle), die Lieferung bis hin zur Rechnungsbearbeitung.

Die 18 Prozesse wurden den Bereichen eVergabe (Prozesstyp 1, 2 und 5) und eBeschaffung (Prozesstyp 3 + 4) zugeordnet, wodurch für beide Bereiche theoretisch Einsparpotenziale ausgewiesen werden konnten. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass eine Optimierung der heutigen Beschaffungsprozesse nicht alleine in der Umstellung von manueller auf elektronische Bearbeitung liegt, sondern in einem ersten Schritt in der Untersuchung, wie der Beschaffungsprozess künftig aussehen soll. Dadurch kann es zu Verschiebungen von Beschaffungsprozessen innerhalb der Prozesstypen kommen.

Die sich anschließende Analyse der Beschaffungsprozessstypen ergab, dass bei

- Prozessstyp 1 = öffentliche Ausschreibung zur Ermittlung eines Rahmenvertrags durch die Zentralen Beschaffungsstellen
eine 1:1-Umstellung, d.h. eine Umstellung von manuell auf elektronische Bearbeitung, vorliegt.
- Prozessstyp 2 = öffentliche/beschränkte Ausschreibung bzw. freihändige Vergabe von Produkten durch die Zentralen Beschaffungsstellen
weitestgehend eine 1:1-Umstellung, d.h. Umstellung von manuell auf elektronische Bearbeitung, vorliegt. In geringem Maße jedoch Prüfung, inwieweit Rahmenverträge geschlossen werden können (Prozessstyp 1) mit anschließendem Abruf daraus (Prozessstyp 3). Dies vor allem bei den Warengruppen im Bereich Dienstleistung: Gebäudereinigung, Reisekosten, Wartung/Instandhaltung und Zeitarbeit bzw. im Bereich Produkte: Lehr-/Lernmittel, IT, KfZ und Verbrauchsmaterial.
- Prozessstyp 3 = Abruf von Produkten aus Rahmenvertrag durch die Zentralen Beschaffungsstellen
eine 1:1-Umstellung, d.h. eine Umstellung von manuell auf elektronische Bearbeitung, vorliegt. Bei einfachen Bestellvorgängen (Warengruppen: Chemikalien, Reinigungsmittel, Drogeriebedarf; Literatur; Möbel; Textilien) soll soweit möglich eine Dezentralisierung, d.h. Verschiebung zu Prozessstyp 4, erfolgen.
- Prozessstyp 4 = Abruf von Produkten aus Rahmenvertrag dezentral durch Ämter/Eigenbetriebe
eine 1:1-Umstellung, d.h. eine Umstellung von manuell auf elektronische Bearbeitung, vorliegt.
- Prozessstyp 5 = öffentliche/beschränkte Ausschreibung bzw. freihändige Vergabe von Dienstleistungen dezentral durch Ämter/Eigenbetriebe
im ersten Schritt eine Prüfung erfolgen soll, inwieweit Rahmenverträge geschlossen werden können (Prozessstyp 1) mit anschließendem Abruf daraus dezentral durch die Ämter/Eigenbetriebe (Prozessstyp 4).

Die pauschale Betrachtung und Hochrechnung der Einsparpotenziale wirft nachfolgende Fragestellungen auf, die im weiteren Projektverlauf zu verifizieren sind:

- Gibt es tatsächlich rund 340 Vollzeitkräfte im Bereich Vergabe-/Beschaffungswesen bei der Stadtverwaltung Stuttgart?
- Die Einsparpotenziale wurden auf Basis IST pauschal hochgerechnet ohne Beachtung von möglichen Prozessverschiebungen. Kann nach der Verschiebung von gleichen Einsparpotenzialen ausgegangen werden?
- Maximale Einsparpotenziale können beim Prozessstyp 2 + 5 nur durch Verschiebung in den eBeschaffungsbereich erreicht werden, d.h. es wird angestrebt, für einzelne Warengruppen einen Rahmenvertrag abzuschließen, aus dem dann je nach Bedarf abgerufen werden kann (bspw. bei den Reisekosten mit der DB). Gelingt es für besondere Warengruppen einen entsprechenden Rahmenvertrag zu erreichen, damit eine solche Verschiebung möglich ist?
- Bei der Hochrechnung der Einsparpotenziale ist Fraunhofer IAO/IAT von der Endausbaustufe ausgegangen. Inwieweit kann diese bei der Stadtverwaltung Stuttgart erreicht werden und in welchem Zeitraum?
- Vor allem im Bereich eBeschaffung ist eine Vielzahl von Mitarbeitern/-innen der Stadtverwaltung betroffen. Inwieweit können kleine Stellenanteile abgeschöpft werden?
- Die Hochrechnung wurde auf Basis des Jahres 2003 erstellt. Inwieweit haben sich externe wie auch interne Rahmenbedingungen geändert, die Einfluss auf diese Berechnung haben könnten (bspw. extern: Aufhebung Postmonopol; intern: veränderte Stellensituation aufgrund von HSK, Benchmark Verwaltungsabteilungen)?

Alle vorgenannten Punkte zeigen, dass eine pauschale Verteilung der Einsparpotenziale auf die Ämter/Eigenbetriebe nicht möglich ist. Vielmehr muss hier im Einzelnen geprüft werden

- wer im Amt/Eigenbetrieb an Vergabeprozessen beteiligt ist,
- in welchem Umfang die Ämter/Eigenbetriebe bisher Vergaben durchgeführt haben,
- welche Prozessschritte sie künftig noch übernehmen werden,
- inwieweit Prozess-Verschiebungen möglich sind und
- welche Einsparpotenziale sich daraus je Amt/Eigenbetrieb für den eVergabe-Bereich ergeben.

Dies soll in Gesprächen mit den Ämtern/Eigenbetrieben im Rahmen des Rollouts festgelegt werden.

Danach können dann die Einsparpotenziale zum einen aufgrund von Produktpreiseinsparungen (bspw. durch neue Rahmenverträge) und zum anderen aufgrund von Ablaufoptimierungen/Zeitersparnis bei der Verwendung der eVergabe-Plattform je Amt/Eigenbetrieb festgelegt werden.

Nach derzeitigem Kenntnisstand wird für den VOL-Bereich von einem Zielerreichungsgrad von durchschnittlich 10% bei den Personalausgaben und durchschnittlich 3% beim vergabefähigen Beschaffungsvolumen ausgegangen. Bei der Umsetzung des Projekts werden diese Zielwerte zur Erschließung von Einsparpotenzialen zugrunde gelegt, bezogen auf den Gesamtdurchschnitt der Beschaffungsbereiche. Die hierfür notwendigen Daten und Fakten müssen in den bereits erwähnten Gesprächen mit den Ämtern und Eigenbetrieben erhoben werden, wodurch es zu Abweichungen im Detail kommen kann. Hierbei ist vor allem das heutige Beschaffungsvolumen auf die elektronische Vergabefähigkeit hin zu überprüfen. Auf dieser Basis können dann die hierfür tatsächlich eingesetzten Personalkapazitäten erhoben werden. Weiter ist zu klären, mit welchen praktischen Methoden Preisvorteile messbar gemacht werden können, um eine Budgetkürzung vornehmen zu können.

Auch wenn Einsparpotenziale erst zu einem späteren Zeitpunkt verifiziert und umgesetzt werden können, kommen die vorrangigen Ziele, die mit Einführung einer eVergabe-Plattform erreicht werden sollen, weitestgehend sofort zum Tragen:

- rechtssichere Beschaffungsprozesse (vor allem EU-weite Ausschreibung)
- transparente Beschaffungsprozesse
- dadurch Qualitätssteigerung
- Verringerung der Durchlaufzeiten

2.1.4 Weitere Vorgehensweise

Nach Evaluation der Testphase ist der Pilot der eVergabe-Plattform der Fa. Ventasoft insgesamt als erfolgreich zu werten. Es ist deshalb vorgesehen, die Pilotphase Ende 2007 abzuschließen und ab 01.01.2008 in den Regelbetrieb mit nachfolgenden Ämtern einzusteigen:

- Hochbauamt
- Tiefbauamt mit SES
- Garten-, Friedhofs- und Forstamt und
- Haupt- und Personalamt

Nach aktuellen Erkenntnissen bringt die elektronische Vergabe den Bietern u.a. folgende Vorteile:

- Aufgrund des elektronischen Abrufs der Ausschreibungsunterlagen fallen für die Bieter keine Wegezeiten mehr an.
- Im Vergabeverfahren führen geringste Formfehler und Unvollständigkeiten zwingend zum Ausschluss des Bieters. Bei der elektronischen Abgabe von Angeboten weist das System den Bieter automatisch auf Form- und Vollständigkeitsfehler hin. Die Zahl der Ausschlüsse aus formalen Gründen kann sich folglich in nächster Zeit verringern.
- Durch die sofortige Abrufbarkeit der Unterlagen auch ohne elektronische Abgabe verbleibt dem Bieter insbesondere beim Postversand mehr Angebotsbearbeitungszeit. Damit sind fundierte und wirtschaftlichere Angebote zu erwarten.
- Die Verfügbarkeit der Ausschreibungsunterlagen ohne zusätzliche Wartezeiten versetzt den Bieter in die Lage, gezielter Ausschreibungen zu recherchieren, die für das Unternehmen in Frage kommen.

Nachfolgende Rahmenbedingungen sprechen zusätzlich für den Einsatz einer eVergabe-Plattform:

- Durch die Novellierung des deutschen Vergaberechts zum 01.11.2006 haben die öffentlichen Auftraggeber die Möglichkeit erhalten, die Kommunikationsmittel frei zu wählen. Danach müssen sie in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen angeben, ob sie per Post, Telefax, direkt, elektronisch oder in Kombination dieser Kommunikationsmittel mit den Unternehmen Informationen austauschen wollen (§ 16 Nr. 4 VOL/A, § 4 Abs. 6 VOF, § 16 Nr. 3 Abs. 1 VOB/A).
- Mit Bundeskabinettsbeschluss vom 8. März 2006 – E-Government 2.0 – Umsetzung der Ziele der europäischen Kommission – Initiative i2010 zielt Brüssel auf eine eVergabe öffentlicher Aufträge bis 2007/2008.

Um die Zielsetzungen hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Einsparpotenzialen zu erlangen, ist es notwendig, die elektronische Vergabe stadtwweit zum Einsatz zu bringen. Eine wirtschaftliche und auch rechtlich fundierte komplette Bearbeitung von Vergaben und somit in Folge die Einrichtung eines Mandanten auf der eVergabe-Plattform ist jedoch erst ab einer Anzahl von rund 50 Vergaben zu erwarten. Die weitere Einführung der Software bei den übrigen Ämtern und Eigenbetrieben der Stadtverwaltung, vor allem in welchem Umfang sie dort zum Einsatz kommen soll, ist deshalb abhängig davon, wie viele Ausschreibungen im jeweiligen Amt durchgeführt werden.

Die künftige Bearbeitung von Vergaben im VOL-Bereich sieht infolgedessen folgende Unterscheidung der Ämter und Eigenbetriebe vor (siehe auch Organisationskonzept in Anlage 4):

- Ämter/Eigenbetriebe, die Vergaben komplett über die eVergabe-Plattform durchführen (= Mandanten).
- Ämter/Eigenbetriebe, die die Leistungsbeschreibung über das LV-Tool erstellen und dann die restliche Abwicklung der Ausschreibung an das Dienstleistungszentrum Zentraler Einkauf abgeben.
- Ämter/Eigenbetriebe, die die Leistungsbeschreibung weiterhin wie bisher per Word oder sonstiger Unterstützung erstellen und dann die restliche Abwicklung der Ausschreibung an das Dienstleistungszentrum Zentraler Einkauf abgeben.

Aufgrund der vorhandenen Projektkapazitäten kann das Rollout nicht bei allen Ämtern/Eigenbetrieben gleichzeitig durchgeführt werden. Vor diesem Hintergrund wurde eine erste Priorisierung der Ämter/Eigenbetriebe vorgenommen in

- **Priorität 1 (1. Halbjahr 2008):**
= Ämter/Eigenbetriebe, die einen recht hohen Umfang an Ausschreibungen im Jahr verzeichnen, somit künftig entweder die komplette Bearbeitung über die eVergabe-Plattform vornehmen bzw. auf jeden Fall das Leistungsverzeichnis mit dem LV-Tool erstellen werden.
- **Priorität 2 (2. Halbjahr 2008):**
= Ämter/Eigenbetriebe, die aufgrund der eher geringeren Anzahl von Ausschreibungen das Leistungsverzeichnis über das LV-Tool erstellen bzw. weiterhin mit den herkömmlichen Mitteln.

Eine erste Zuordnung zu Mandant (M) bzw. LV-Tool (LV) ergab nachfolgende geplante Einteilung. Diese kann sich durch die anstehenden Ämtergespräche noch verändern.

	Echtbetrieb ab 01.01.08	Prio 1 1. Halbjahr 2008	Prio 2 2. Halbjahr 2008
Stabsabteilung L/OB-K		M	
Stabsabteilung L/OB-Int			LV
10 Haupt- und Personalamt	M		
12 Statistisches Amt			LV
14 Rechnungsprüfungsamt			LV
20 Stadtkämmerei			LV
23 Amt für Liegenschaften und Wohnen			M
29 JobCenter Stuttgart			LV
30 Rechtsamt			LV
32 Amt für öffentliche Ordnung			LV
34 Standesamt			LV
36 Amt für Umweltschutz		M	
37 Branddirektion		M	
40 Schulverwaltungsamt		M	
41 Kulturamt			LV
50 Sozialamt		LV	
51 Jugendamt		LV	
52 Sportamt			M
53 Gesundheitsamt			M
61 Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung		M	
62 Stadtmessungsamt			LV
63 Baurechtsamt			LV
65 Hochbauamt	M		
66 Tiefbauamt mit SES	M		
67 Garten-, Friedhofs- und Forstamt	M		
AWS Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart		M	
ELW			M
KBB			M

Die Gebäudereinigung wird bereits im Rahmen eines eigenständigen Projekts (HSK 2002 II 7; aktuell GRDRs 465/2007) untersucht und verfügt über ein auf seine Bedürfnisse zugeschnittenes EDV-Programm. Vorrangiges Ziel ist die Optimierung von Reinigungsverträgen mit einer Sparvorgabe von 1.140.000 EUR. Gemäß aktueller GRDRs 465/2007 ist davon auszugehen, dass bis Ende der Umsetzung aller Maßnahmen, die Sparvorgabe erreicht wird. Von einer weiteren Produktpreiseinsparung durch ein elektronisches Vergabeverfahren kann deshalb nicht ausgegangen werden. Nach Rücksprache mit dem Amt für Liegenschaften und Wohnen besteht jedoch Interesse an einer Prüfung, inwieweit die eVergabe-Plattform Vereinfachungen im Ablauf bringen kann. Vor diesem Hintergrund wurde auch der Bereich Gebäudereinigung in die weitere Planung mit aufgenommen.

Die geplante Vorgehensweise sieht für beide Gruppen die gleichen Schritte vor, jedoch je nach Priorität im 1. bzw. 2. Halbjahr 2008:

- Durchführung von Ämtergesprächen:
 - Analyse der bisherigen Beschaffungsvorgänge auf Basis von Warengruppen
 - Erhebung von Mengengerüsten
 - Prüfung möglicher Prozessverschiebungen
 - Festlegung der Vorgehensweise bei der künftigen Bearbeitung
- Präsentation der eVergabe-Plattform
- entsprechende Schulung der Mitarbeiter/-innen durch DLZ Zentraler Einkauf (eVergabe-Plattform bzw. LV-Tool)
- Regelbetrieb
- Infos an Bieter, individuell je nach Wichtigkeit der Ausschreibung

Vor der Sommerpause 2008 soll über den Stand der konkreten Umsetzung und der bis dahin möglichen Verifizierung von Einsparpotenzialen (detaillierte Ausführungen s. unter Punkt 2.1.3) berichtet werden.

Falls es weitere Ämter gibt, die zusätzlich Ausschreibungen im VOB-Bereich tätigen, ist es vorgesehen, dieses Thema im Rahmen des Amtsgesprächs im VOL-Bereich zu erörtern. Es ist weiter geplant, dass das Amt in diesem Fall 2 Mandanten (je VOL und VOB) erhält und sich mit dem VOB-Bereich an das geplante DLZ Bauvertragswesen anschließt.

2.2 Sachstand eBeschaffung

Aufgrund der eingangs erwähnten personellen Engpässe wurde der Schwerpunkt der Projektarbeit auf das Thema eVergabe gelegt, da hier bereits eine Software zu Pilotzwecken ausgeschrieben war. Das Thema eBeschaffung konnte aus diesen Gründen nur in geringem Maße angegangen werden.

Ziel ist es nun, parallel zum Rollout der eVergabe, die Einführung eines Systems für den Bereich eBeschaffung vorzubereiten. Die weitere Planung sieht folgende Maßnahmen vor:

- Erstellung eines Anforderungskatalogs (inkl. Mengengerüsts) und Durchführung einer Markterkundung bis Mitte 2008. Auf dieser Basis Erarbeitung von Alternativen zur weiteren Vorgehensweise inkl. benötigter Finanzmittel.
- GR-Entscheidung Mitte 2008:
Entscheidung zur weiteren Vorgehensweise. Abhängig von dieser Entscheidung ist auch die weitere Projekt- und Zeitplanung.
- je nach Entscheidung evtl. Ausschreibung
- Pilotphase
- Auswertung des Piloten
- GR-Entscheidung:
Nach erfolgreicher Pilotphase stadtweiter Regelbetrieb.
- Rollout

Die bereits in Kapitel 2.1.3 getroffenen Aussagen zu Einsparpotenzialen gelten gleichermaßen für den Bereich eBeschaffung. Eine Verifizierung der Einsparpotenziale ist erst dann möglich, wenn klar ist, ob es zu Prozessverschiebungen kommt und welcher Teil der heutigen Beschaffungsvorgänge über das elektronische Verfahren abgewickelt werden kann.

2.3 Sachstand Organisationsoptimierung

2.3.1 Dienstleistungszentrum Zentraler Einkauf

Im Rahmen des Vorprojektes (Bericht des Fraunhofer Instituts 2004) wurde die Einführung eines Dienstleistungszentrums beim Zentralen Einkauf empfohlen. Um möglichst optimale Rahmenbedingungen für die Durchführung des Projekts eProcurement zu schaffen, wurde mit Organisationsverfügung vom 01.03.2007 ein solches Dienstleistungszentrum im Zentralen Einkauf im Haupt- und Personalamt realisiert.

In diesem Dienstleistungszentrum werden

- strategische Entscheidungen vorbereitet und vorangetrieben,
- die Einsatzfähigkeit der gewählten Plattformen (eVergabe / eBeschaffung) sichergestellt und
- die Sachbearbeitertätigkeit (Bestellwesen, Rechnungsbearbeitung) zur Optimierung der Leistungsfähigkeit zentralisiert.

Der/die Facheinkäufer/-in wird dadurch entlastet und kann sich somit stärker auf das zu beschaffende Produkt konzentrieren. Als Folge davon wird auch eine Steigerung der Servicetätigkeit gegenüber den Fachdienststellen und eine bessere Marktübersicht gesehen.

2.3.2 Dienstleistungszentrum Bauvertragswesen

Eine Organisationsoptimierung im VOB-Bereich der Ämter des Technischen Referats wird im Rahmen der Umsetzung des Organisationsgutachtens Bauverwaltung durchgeführt. Mit GRDRs 533/2007 wird das Technische Referat die Einrichtung eines Dienstleistungszentrums Bauvertragswesen im Hochbauamt vorschlagen, in dem künftig die Zuständigkeit für den VOB-Bereich liegen soll.

Aufgrund der doch sehr differenzierten rechtlichen Rahmenbedingungen und der sich daraus ergebenden unterschiedlichen Arbeitsabläufe wird eine Abgrenzung der drei technischen VOB-Vergabestellen zur VOL-Vergabestelle (Dienstleistungszentrum Zentraler Einkauf) des Haupt- und Personalamtes für sachgerecht erachtet.

3. Finanzierung

3.1 Ausgaben bis Ende 2007

Bisher wurden im Rahmen von Vorlagen folgende Mittel bewilligt:

- Mit GRDRs 636/2003 wurden für die externe Begleitung der Ist-Analyse und zur Erstellung einer Soll-Konzeption mit Wirtschaftlichkeitsprüfung zur Optimierung des Beschaffungswesens unter Einsatz von E-Procurement durch das Institut für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement der Universität Stuttgart (Fraunhofer Institut) 60.000 EUR bewilligt.
- Mit GRDRs 398/2004 wurden für die Pilotierung 300.000 EUR bewilligt. Davon waren 95.000 EUR für die Beratung durch das Fraunhofer Institut (IAO) vorgesehen.

Bisherige Ausgaben	bis Ende 2007 vorauss. abgeflossen
1. Beraterverträge	
GRDrs 636/2003: Fraunhofer Institut vom August 2003	60.000,00
Nachforderung	7.920,00
über 1.0200.6270.000	67.920,00
2. Pilot eVergabe	
GRDrs 398/2004: Fraunhofer Institut vom März 2005; Vertrag gekündigt	50.460,00
MHP vom Juli 2005; Vertrag gekündigt	11.600,00
MHP vom Oktober 2006; Vertrag gekündigt	31.101,84
über IMP	93.161,84
3. Sonstiges	
Bereitstellung und Betrieb eVergabeplattform	25.520,00
ASP: Hosting + Dienstleistung bis 2006	93.704,80
Hosting 2007	84.109,20
über IMP	203.334,00
Dienstleistung 2007	8.246,70
über Referat T	8.246,70
Pilot eVergabe gesamt	211.580,70
3. Sonstiges	
Notebook, Bildschirm, ...	3.197,69
über IMP	3.197,69
Ausgaben gesamt über IMP	299.693,53
Gesamtausgaben Projekt	375.860,23

Bedingt durch einen Personalwechsel auf der Beraterseite und den bereits erwähnten Projektverzug fielen ungeplante Ausgaben wie folgt an:

- Aufgrund Arbeitgeber-Wechsel des externen Beraters wurde zur weiteren Nutzung der Projektkenntnisse ein zusätzlicher Beratervertrag mit der Fa. MHP im Juli 2005 geschlossen.
- Durch die lange Pilotphase im Bereich eVergabe fielen zusätzliche Ausgaben für das Hosting 2007 in Höhe von 84.109,20 EUR an. Die nicht aufschiebbaren Anpassungen der Software in Höhe von 8.246,70 EUR wurden über den Haushalt der technischen Pilot-Ämter beglichen.

Um erste Vorarbeiten in Form von Grundlagenarbeit und eines Anforderungskatalogs für ein eBeschaffungssystem zu beginnen, wurde ein weiterer Beratervertrag nach erfolgter öffentlicher Ausschreibung mit der Fa. MHP im Oktober 2006 geschlossen.

Der Projektverlauf hat gezeigt, dass gerade bei der operativen Umsetzung (starke Dezentralisierung der Beschaffungsprozesse) städtische Kenntnisse unabdingbar sind und dies von externen Beratern nur bedingt geleistet werden kann. Aufgrund dieser Tatsache wurde das Projekt – wie in dieser Vorlage beschrieben – neu strukturiert und auch von städtischer Seite personell neu besetzt. Die bestehenden Beraterverträge wurden daraufhin im August 2007 gekündigt.

3.2 Anstehende Ausgaben aufgrund des weiteren Projektverlaufs

Wie bereits in Punkt 2.1 Sachstand eVergabe ausführlich erläutert, ist geplant, mit der eVergabe-Plattform der Fa. Ventasoft zum 01.01.2008 in den bisherigen Testämtern (Haupt- und Personalamt, Hochbauamt, Tiefbauamt mit SES, Garten-, Friedhofs- und Forstamt) in den Regelbetrieb einzusteigen.

Mit der Pilotierung der eVergabe-Plattform wurde auch gleichzeitig der Regelbetrieb ausgeschrieben. Voraussetzungen für den Übergang in den Regelbetrieb sind zum einen eine erfolgreiche Testphase und zum anderen die Zustimmung des Gemeinderats. Somit muss für den Übergang in den Regelbetrieb keine zusätzliche Ausschreibung der Software erfolgen. Die Ausschreibung hat vorgesehen, dass für den Regelbetrieb die entsprechenden Lizenzen von der Stadtverwaltung gekauft werden.

Nach Beschlussfassung Anfang November 2007 und einer entsprechenden Vorlaufzeit kann die Abteilung IuK des Haupt- und Personalamts spätestens zum 01. März 2008 das Hosting, nach derzeitigem Stand ohne zusätzliche Stellen, übernehmen. Es entstehen dadurch Kosten in Höhe von rund 50.000 EUR pro Jahr, die anteilig auf die Ämter über die interne Leistungsverrechnung verteilt werden. Hierfür werden nachfolgende Service-Levels angeboten:

- Verfügbarkeit im Jahresschnitt während der Servicezeiten: 99,80 %
 - Hotline-Service für Störungen: Mo-Do 07:00 – 18:00 Uhr, Fr 07:00 – 16:00 Uhr
 - Redundanter Web- und Datenbankserver an zwei Standorten mit Internetanbindung
- Ein entsprechendes Betriebskonzept wird nach positiver Entscheidung im Detail ausgearbeitet.

Für die Übergangszeit (01-02/2008) ist die Fa. Ventasoft bereit, zu den bisherigen Konditionen das Hosting zu erbringen. Für Updates, Hotline sowie die Lizenzkosten für Adobe wird ein Wartungsvertrag über eine Laufzeit von 4 Jahren (dadurch kann ein Nachlass von 15% erzielt werden) in Höhe von brutto 26.299 EUR/p.a. angeboten.

Weiter ist vorgesehen, dass das Dienstleistungszentrum Zentraler Einkauf die Applikationsbetreuung für den VOL-Bereich übernimmt, für den VOB-Bereich soll dies über das geplante Dienstleistungszentrum Bauvertragswesen erfolgen.

Somit ergibt sich nachfolgende Übersicht der anstehenden Ausgaben:

Anstehende Ausgaben ab 2008	einmalig VmH 2008	laufend VwH 2008	laufend VwH 2009
Regelbetrieb eVergabe			
Lizenzen eVergabe Fa. Ventasoft	165.410,00		
Hosting Fa. Ventasoft 01-02/2008	14.018,20		
Systemaufbau (Hardware) bei der LHS	5.816,00		
Wartungsvertrag Fa. Ventasoft (4 Jahre 15% Nachlass)		26.299,00	26.299,00
Dienstleistungen durch die Fa. Ventasoft	20.000,00		
Gesamtausgaben	205.244,20	26.299,00	26.299,00
anstehende Ausgaben gesamt	205.244,20	26.299,00	26.299,00
Gesamtausgaben 2008/2009	257.842,20		

Die zusätzlich benötigten Mittel sind im IuK-Maßnahmenplan bzw. im IuK-Budget wie folgt enthalten:

- einmalig 205.244 EUR für Investitionen (Fipos 2.0620.9358.000/0999)
- ab 2008 jährlich 26.299 EUR für Wartung (Fipos 1.0610.5251.000 Betriebskosten) durch die Fa. Ventasoft.

Die benötigten Mittel werden im Rahmen des IuK-Maßnahmenplans (IMP) bzw. des vorhandenen IuK-Budgets anteilig über die jeweiligen Mandanten finanziert. Die jährlichen Betriebskosten (Wartung und Rechnerbetrieb bei der Abt. IuK) werden über die interne Leistungsverrechnung anteilig auf die Mandanten verteilt. Schulungen erfolgen durch städtische Multiplikatoren bzw. Poweruser. Es werden deshalb keine externen Mittel benötigt.

